



FÜR EINEN NACHHALTIGEN, LEBENSWERTEN UND SOZIALEN ODENWALD

Programm der Odenwälder GRÜNEN für die Kommunalwahl 2021

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 14. März 2021 entscheiden Sie über die Zukunft des Odenwaldes. Schon vor dieser Wahl haben wir mit Ihnen, mit Organisationen, Verbänden, Vereinen, Ehrenamtlichen und vielen anderen Gruppen über die Potentiale und Herausforderungen unseres Landkreises gesprochen. Aus diesem Austausch entstand ein Wahlprogramm, das einen nachhaltigen, lebenswerten und sozialen Odenwald in den Mittelpunkt stellt. Nachhaltig, weil der Odenwald mit seiner einzigartigen Natur den größtmöglichen Schutz verdient und wir seine Schönheit auch für künftige Generationen erhalten möchten. Lebenswert, weil der Odenwald für Menschen verschiedenster Gruppen eine Heimat ist und mit seiner kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Vielfalt ein besonderer Ort ist. Sozial, weil wir glauben, dass jede und jeder Mensch ein Leben in Würde in auskömmlichen Verhältnissen und mit gesellschaftlicher Teilhabe verdient hat.

Die folgenden dreizehn Handlungsfelder fassen unser Angebot an Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, zusammen. Weiter unten finden Sie detaillierte Informationen zu unseren Ideen und Forderungen für den Odenwald.

1. Energie und Klima Seite 2
2. Mobilität Seite 4
3. Umwelt- und Naturschutz Seite 7
4. Unsere Region gestalten Seite 11
5. Regionales und nachhaltiges Wirtschaften Seite 12
6. Kultur und Tourismus Seite 14
7. Transparenz, Digitalisierung und Bürger*innenbeteiligung Seite 16
8. Bildung und Arbeit Seite 18
9. Gesundheit und Pflege Seite 21
10. Sozialer Odenwald Seite 22
11. Junge Menschen im Odenwaldkreis Seite 27
12. Die Hälfte der Macht den Frauen Seite 27
13. Kommunale Finanzen Seite 29

1. Energie und Klima

Die Klimakrise und ihre Folgen sind längst bei uns angekommen: Dürre, Hitze, Starkregen, Überschwemmungen und häufige Extremwetterereignissen können wir auch im Odenwald beobachten. Das wirkt sich auf unser Leben, auf unsere Gesundheit, die Natur und auch die Wirtschaft aus. Deshalb ist der Klimaschutz ein besonderer Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Wir müssen uns zu einer Null-Emissions-Gesellschaft entwickeln und dafür vor Ort beginnen. Wir brauchen einen Ausbau von Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsangeboten um die Bürger*innen zu unterstützen, selbst für den Klimaschutz aktiv zu werden. Wir setzen uns für die Einrichtung eines Klimaschutzbeirates im Odenwaldkreis ein. Dieser soll Vorschläge erarbeiten, auf Grundlage derer der Odenwaldkreis seinen gerechten Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele des Pariser Klimaabkommens, der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland leistet.

1.1. Weiterentwicklung und Umsetzung des Odenwälder Klimaschutzkonzepts

Seit dem Jahre 2011 hat der Odenwaldkreis ein Klimaschutzkonzept, das von allen zu dieser Zeit im Kreistag vertretenen Parteien verabschiedet wurde. Wir fordern die konsequente Weiterentwicklung und Fortschreibung dieses Konzepts, um neuen Gegebenheiten gerecht werden zu können. Das Konzept muss konsequent umgesetzt werden, um den Odenwaldkreis zu einer Vorbildregion in Sachen Klimaschutz zu machen.

Der Odenwaldkreis braucht dringend eine Energie- und Treibhausgasbilanz, um zielgerichtete Schritte in Richtung Klimaneutralität gehen zu können. Diese Bilanz soll Daten zu der öffentlichen Verwaltung, aber auch zum Energieverbrauch und zu Treibhausgasemissionen im privaten Bereich, in der Industrie und Landwirtschaft und im Verkehr enthalten; aggregierte Daten sind von der Kreisverwaltung jährlich zu veröffentlichen.

Wir fordern eine klimaneutrale Verwaltung, was bedeutet, dass in der Verwaltung und den Liegenschaften des Odenwaldkreises bilanziell keine klimaschädlichen Gase freigesetzt werden (unvermeidbarer Ausstoß in einer Übergangsphase ist zu kompensieren).

1.2. Energiewende

Die Energiewende ist der tragende Pfeiler des Klimaschutzes. Wir wollen weg von gefährlicher Atomkraft sowie klimaschädlichen Kohle- und Gaskraftwerken und hin zu einer Gesellschaft, deren Energiebedarf zu 100% aus erneuerbaren Energien gespeist wird. Dazu gehören vermehrte Anstrengungen zur Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien.

1.2.1. Energieeffizienz

Energie, die eingespart wird, muss erst gar nicht erzeugt werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Effizienz in der Industrie, in Gebäuden, in Privathaushalten, im Verkehr, in der Landwirtschaft und in allen anderen relevanten Sektoren voranzubringen. Wir wollen aktiv mit

der Hessischen Energieagentur zusammenarbeiten, um die Beratungsangebote im Odenwaldkreis zu intensivieren.

Wir streben an, alle öffentlichen Gebäude im Odenwaldkreis konsequent energetisch zu sanieren - inklusive dem Einsatz von LED Lampen - und diese nach Möglichkeit über den Einsatz erneuerbarer Energien zu Energielieferanten zu machen. Der Odenwaldkreis soll Vorbild sein, um ähnliche Bestrebungen auch im Privatsektor anzustoßen.

1.2.2. Biomasse und Holz

Abfallstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft sind ein wichtiger Träger von nachwachsender Biomasse. Dabei gilt es darauf zu achten, dass Biomasse mit nachhaltigen Kriterien erzeugt, geerntet und verarbeitet wird. Monokulturen und Pestizidwüsten lehnen wir entschieden ab. Die Verwertung von Reststoffen aus der landwirtschaftlichen Produktion, wie Gülle und Mist zur Energiegewinnung wird unterstützt.

Aufgrund seines Waldreichtums ist der Odenwald ein besonderer Ort. Wir fordern nachhaltige Bewirtschaftung nach FSC-Kriterien und die Ausweisung von Naturwald zum Erhalt der Artenvielfalt.

1.2.3. Windenergie

Windenergie ist ein unverzichtbarer Träger der Energiewende. Wir unterstützen den Ausbau von Windenergieanlagen auf den dafür im Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 vorgesehenen Flächen unter Berücksichtigung der entsprechenden Naturschutz- und Ausgleichsregelungen.

Wir setzen uns gleichzeitig für eine bessere finanzielle Beteiligung der Bürger*innen und Kommunen an den Erträgen der Windkraft ein. Dazu setzen wir - wo möglich - auf lokale Projektierer*innen und auf Windkraftprojekte, die auf öffentlichen Flächen realisiert werden.

1.2.4. Energiespeicherung

Wenn der Wind gerade nicht weht und die Sonne nicht scheint, kommt der Energiespeicherung eine entscheidende Rolle zu. Wir fordern einen dezentralen Lösungsansatz, um Übertragungsverluste zu minimieren und die Energieautarkie des Odenwaldkreises voranzutreiben. Dazu setzen wir eine Kommission ein, die in Zusammenarbeit mit Wissenschaftler*innen und Energieexpert*innen die Möglichkeiten für dezentrale Energiespeicherung im Odenwaldkreis prüft und daraus konkrete Umsetzungsvorschläge erarbeitet.

1.3. Klimaanpassung

Da die Hitze in den Sommermonaten selbst in unserem ländlichen und waldreichen Odenwald die Menschen zunehmend belastet, brauchen wir Konzepte, um diese Folgen des Klimawandels

abzumildern. Hierfür wird der Klimaschutzplan des Odenwaldkreises um den Themenbereich „Anpassung“ erweitert. Wir wollen in den Städten und Gemeinden mehr Grünflächen und Grünflächenverbünde, z.B. indem wir Fassaden und Dächer der kreiseigenen Liegenschaften begrünen und z.B. Schulhöfe und Parkflächen mit mehr Bäumen bepflanzen.

Daten zum Wasserverbrauch im gesamten Odenwaldkreis sollen jährlich gesammelt und veröffentlicht werden (aufgeschlüsselt nach den Sektoren). Ziel ist es, basierend darauf eine Verbrauchsreduktionsstrategie mit klaren Zielen für den Erhalt dieser kostbaren natürlichen Ressource zu verabschieden.

2. Mobilität

Die Mobilität ist Grundlage der Daseinsvorsorge und der Leistungsfähigkeit des ländlichen Raumes. Wir setzen uns für vielfältige, bedarfsorientierte und nachhaltige Formen der Mobilität ein. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll im Odenwaldkreis eine echte Alternative zum Auto werden, um Menschen, die kein Auto fahren können oder möchten, einen größtmöglichen Bewegungsradius zu ermöglichen.

2.1. Politische Ziele

Aktuell wird etwa ein Viertel der zurückgelegten Wege im Odenwaldkreis mit dem ÖPNV, zu Fuß oder per Fahrrad abgedeckt. Wir wollen zielgerichtete Maßnahmen ergreifen, um diesen Anteil bis 2030 auf 50% zu erhöhen.

Langfristig setzen wir uns für einen kostenlosen ÖPNV für alle Odenwälder*innen ein.

Der Odenwaldkreis ernennt eine/n Beauftragte/n für alternative Mobilität (für Fußgänger*innen, Fahrradfahrer*innen, ÖPNV), um diese Ziele im Austausch mit den Bürger*innen zu erreichen. Des Weiteren richtet der Odenwaldkreis ein Qualitätssicherungssystem für den öffentlichen Verkehr ein, das jährlich Bericht erstattet.

2.2. Mobil mit dem Fahrrad und zu Fuß

Fuß- und Fahrradmobilität sind innerhalb der Ortschaften und zwischen den Ortschaften Alternativen, um viele Wege klimafreundlich zurückzulegen und dabei etwas für die eigene Gesundheit zu tun. Gerade Fahrräder mit elektrischer Unterstützung (e-Bikes) machen den Odenwald für immer größere Bevölkerungsgruppen mit dem Fahrrad navigierbar.

Wir wollen die Odenwälder Kommunen dabei unterstützen, fahrradfreundlicher zu werden. Das bedeutet mehr Schutzstreifen, mehr Platz im Verkehr und mehr Aufstellstreifen an Ampeln. Wir verändern die Schaltung der Ampeln, sodass diese fußgänger- und fahrradfreundlicher wird. Ampeln bekommen für den Fahrrad- und Fußverkehr eine prioritäre Schaltung. Wir prüfen, an welchen Standorten im Odenwaldkreis die Anbringung eines Verkehrsschildes „Grüner Pfeil“ für Radfahrer sinnvoll erscheint, um anschließend ein solches an entsprechender Straßeneinmündung anzubringen.

Wir fordern, dass alle Ortschaften des Odenwaldkreises entlang der Hauptachsen über einen geteerten Radweg erreichbar sind und diese insbesondere in den innerstädtischen Bereichen über eine mit Bewegungsmeldern gesteuerte Beleuchtung mit Solarenergie verfügen. Der Hauptradweg entlang der Mümling sollte so erweitert werden, dass Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen diesen problemlos gemeinsam nutzen können; dies kann in Teilen durch zusätzliche Wege auf beiden Seiten der Mümling erreicht werden.

Wir unterstützen die Erstellung des neuen Odenwälder Radwegekonzepts. Wir wollen dies in die bestehenden Konzepte der Städte und Gemeinden integrieren. Darüber hinaus wollen wir einen konkreten Pfad mit verbindlichen Zielen für die Umsetzung des Fahrradkonzeptes beschließen.

2.3. Garantiert Mobil

Das GarantiertMobil Projekt bündelt zukunftsweisend den ÖPNV mit privaten Mitfahrgelegenheiten und vergünstigten Share-Taxis in einer App. Wir möchten GarantiertMobil ausweiten und das Marketing verbessern, um noch mehr Bürger*innen für dieses System zu begeistern. Die Förderung durch die Städte und Gemeinden ist zu begrüßen und sollte erhöht werden.

Gleichzeitig fordern wir eine konsequente Einbeziehung anderer Verkehrsträger, wie beispielsweise das aufkommende Carsharing im Odenwaldkreis und das Sharing von Lastenfahrrädern und anderen Fortbewegungsmöglichkeiten. Zudem sollte es möglich sein, mit der GarantiertMobil App auch Fahrten über den Odenwaldkreis hinaus in die angrenzenden Metropolen wie Aschaffenburg, Mannheim und Heidelberg zu buchen. Hierfür kooperiert der Odenwaldkreis mit den Nachbarkreisen.

Wir sorgen dafür, dass alle neu zu erstellenden Bushaltestellen mit den dafür geeigneten Pflanzen begrünt werden und/oder für die Gewinnung von Solarenergie genutzt werden. Bei der Anschaffung neuer Wartehäuschen sind die dafür notwendigen statischen und baulichen Voraussetzungen sowie Fördermöglichkeiten zu berücksichtigen. Weiterhin ist zu prüfen, ob bei den bestehenden Wartehäuschen auch nachträglich eine Begrünung und/oder Bestückung mit Solarzellen möglich und sinnvoll ist.

2.4. Odenwaldbahn

Wir fordern eine konsequente Umsetzung der "Erbacher Erklärung" vom Sommer 2020. Daraus erwächst ein zukünftiger Stundentakt für die Verbindung zwischen Erbach und Eberbach und ein Halbstundentakt zwischen Erbach und Darmstadt/Frankfurt, dies sollte möglichst schnell, d.h. perspektivisch vor 2030 umgesetzt werden. Die Anbindung nach Heidelberg und Aschaffenburg muss konsequent verbessert werden, Ziel ist auch hier ein Halbstundentakt. Wir begrüßen den Einsatz von alternativen Antrieben, z.B. Wasserstoffzügen in absehbarer Zukunft.

Darüber hinaus wollen wir die Pünktlichkeit und die Zuverlässigkeit der Odenwaldbahn kontinuierlich verbessern. Hinzu kommen eine bessere Verzahnung mit anderen Verkehrsmitteln (z.B. Fahrradboxen an allen Bahnhöfen). Der Busverkehr muss in Verbindung mit der Bahn so erweitert und verbessert werden, dass Anschlüsse garantiert werden können.

Wir setzen uns für den weiteren zweigleisigen Ausbau und eine Elektrifizierung der Odenwaldbahn ein. Die Reaktivierung der Gersprenztalbahn hat dabei eine klare politische Priorität; darüber hinaus prüfen wir die Reaktivierung der Strecke Höchst-Sandbach-Aschaffenburg sowie der Strecke Stuttgart-Frankfurt durch den Odenwald. Wir sanieren und überwachen unsere lokalen Bahnhöfe, damit sich dort jede und jeder willkommen und sicher fühlt.

2.5. Ost/West-Verkehr und Anbindung der Ortschaften

Die Ost-West Anbindungen durch den Odenwald müssen durch bessere Taktung und Anbindung kontinuierlich verbessert werden. Dies gilt insbesondere für die Anbindung kleinerer Ortschaften und Ortsteile, die genauso wie das Mittelzentrum Erbach-Michelstadt auf leistungsfähige Mobilitätsangebote angewiesen sind. Zur Ergänzung des aktuellen Angebots prüfen wir die Einrichtung von "Mitnahmebänken".

2.6. Sharing-Modelle und Lastenesel

Wir fordern flächendeckende Sharing-Angebote (Fahrräder, Lastenfahrräder, e-Autos) im gesamten Odenwaldkreis. Ein e-Carsharing Auto kann beispielsweise bis zu 20 Privatautos ersetzen und leistet so einen guten Beitrag zum Klimaschutz, während die Vorzüge der individuellen Mobilität erhalten bleiben.

2.7. Flatrate-Tickets

Wir setzen uns für die Einrichtung eines Bürgertickets für alle Hess*innen für 365 Euro im Jahr (in Anlehnung an das Schüler*innen und Senior*innenticket) ein. Als ersten Schritt wollen wir kostenlose Hessentickets für alle Schüler*innen und alle Menschen in der Grundsicherung (Hartz IV-Empfänger*innen) einführen.

Zur Förderung des Tourismus im Odenwald wird eine Touristenfahrkarte ("OdenwaldCard") eingerichtet (siehe KULTUR und TOURISMUS).

3. Umwelt- und Naturschutz

Der Schutz von Umwelt und Natur ist und bleibt ein Kernziel GRÜNER Politik. Mit dem Schutz der Natur übernehmen wir Verantwortung für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und für die nachfolgenden Generationen.

Neben dem Klimawandel zählt der massive Rückgang der Artenvielfalt zu den größten Bedrohungen für unsere Umwelt. Die Ursachen dafür sind bekannt: Industrielle Landwirtschaft, Flächenversiegelung, Schadstoffeinträge, Übernutzung, Zerschneidung von natürlichen Lebensräumen, Eingriffe in den Wasserhaushalt und der Klimawandel machen den Naturschutz heute notwendiger denn je.

3.1. Landschaftspflegeverband

Intensive Pflegemaßnahmen wie Heckenpflege oder die naturschutzgerechte Nutzung von Grünland lassen sich am besten umsetzen, wenn alle Beteiligten rechtzeitig und aktiv eingebunden werden. Mit der Gründung eines Landschaftspflegeverbands erreichen wir genau das: Hier sitzen Landwirt*innen, Naturschutzvereine und Kommunen gleichberechtigt an einem Tisch. Der Landschaftspflegeverband des Odenwaldkreises soll Aufgaben des Kreises, wie die Umsetzung von Maßnahmen der Natura-2000-Richtlinie, des Vertragsnaturschutzes und das Management der kommunalen Ausgleichs- und Eingriffsflächen koordinieren und personell unterstützen.

Die Odenwälder Landwirt*innen tragen mit ihrer Arbeit wesentlich zum Erhalt der Kulturlandschaft, die unseren Odenwald prägt, bei. Wir wollen durch die Arbeit des Landschaftspflegeverbands unsere Landwirt*innen dabei unterstützen eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben, die Tier- und Pflanzenarten überlebenswichtige Rückzuggebiete gewährt.

In Hessen hat der Odenwaldkreis als Negativbeispiel im Bereich Naturschutz durch die fehlende Umsetzung gesetzlich erforderlicher Ausgleichsflächen für Eingriffe in die Natur traurige Berühmtheit erlangt. Im gesamten Odenwaldkreis werden Auflagen für ökologische Ausgleichsflächen seit Jahren ignoriert. Ein Odenwälder Landschaftspflegeverband kann hier Abhilfe schaffen und die tatsächliche Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen vorantreiben.

3.2. Ausstattung der Unteren Naturschutzbehörde

Die mangelhafte finanzielle und personelle Ausstattung der Naturschutzverwaltung im Odenwaldkreis hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass selbst Pflichtaufgaben nicht mehr erledigt werden konnten. Wir fordern eine ausreichende Ausstattung der UNB, die es ermöglicht, auch Projekte des Naturschutzes jenseits der Pflichtaufgaben anzugehen. Im erforderlichen Maße sollen neue Naturschutzgebiete im Kreis ausgewiesen werden, um den aktuellen Zustand und die Nutzung zu bewahren.

3.3. Biodiversität

Neben der Gründung eines Landschaftspflegeverbandes halten wir folgende Maßnahmen zum Erhalt und zur Förderung der Biodiversität im Odenwaldkreis für erforderlich:

- Verzicht auf den Einsatz von Insektiziden und Herbiziden auf kreiseigenen Flächen;
- Anlage von Blühstreifen auf kreiseigenen Flächen;
- Biodiversitätskonferenz für den Odenwaldkreis (Vorbild Bergstraße);
- Runder Tisch zum Erhalt der Artenvielfalt;
- Stopp für Schotterwüsten: In allen kommunalen Gestaltungssatzungen soll ein Verbot der Schotterung und Pflasterung von Vorgärten aufgenommen werden. Soweit bei vorhandenen Bebauungsplänen bereits Gestaltungssatzungen bestehen, sind diese entsprechend anzupassen. Fehlende Gestaltungssatzungen sind unter Beachtung des o. g. Zieles zu erstellen.

3.4. Wasser und Boden

Die Grundwasserbelastung durch Schadstoffe muss im Odenwald verringert werden – nicht durch rechnerische Abgrenzungstricks, sondern durch die Verringerung aller Einträge. Dazu muss mit den Odenwälder Landwirt*innen verhandelt und ein Förderprogramm aufgelegt werden.

Die Gewässer sind für den nachhaltigen Hochwasserschutz ebenso wichtig wie für den Erhalt der Artenvielfalt. Leider sind nicht alle Odenwälder Bäche in einem natürlichen Zustand. Wir wollen unsere Gewässer wieder strukturreicher machen und in einen guten Zustand versetzen. Grundlage hierfür ist die Erarbeitung von Umwelt- und Bewirtschaftungszielen der Gewässer sowie deren Umsetzung durch ein kommunales Gewässerentwicklungskonzept.

Der zunehmenden Flächenversiegelung wollen wir GRÜNE im Odenwaldkreis entgegenzutreten. Flächenversiegelung ist ein immer größeres Problem in Hessen und darüber hinaus. Wertvoller Boden wird durch den immer noch hohen Flächenverbrauch versiegelt. Lebensräume zahlreicher Tier- und Pflanzenarten werden unwiederbringlich zerstört. Für jeden Quadratmeter, den wir künftig bebauen wollen, müssen die Alternativen geprüft werden, um den Flächenfraß in den Kommunen unseres Kreises zu senken. Ein kreisweites Baulückenkataster kann dabei helfen, dem Flächenverbrauch entgegen zu wirken.

Auch ein interkommunales Flächenmanagement halten wir für ein geeignetes Mittel, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Außerdem wollen wir prüfen, welche Möglichkeiten dem Kreis zur Verfügung stehen, um bereits versiegelte Flächen zu entsiegeln und zu renaturieren. Bei Entsiegelung ist auf das Recycling von Baustoffen zu achten. Wir führen ein Management zur Reaktivierung von Brach- und alten Industrieflächen ein.

3.5. Lichtverschmutzung

Wir fordern die Erstellung einer kreisweiten Richtlinie zur Vermeidung und Reduzierung der Lichtverschmutzung im öffentlichen Raum als auch auf gewerblichen und privaten Grundstücken. Lichtverschmutzung schadet nicht nur der Gesundheit von Mensch und Natur durch künstliche Beleuchtung in der Nacht, sondern belastet auch die kommunalen Haushalte unnötig.

Die Richtlinie soll Empfehlungen zum standort- und bedarfsgerechten Einsatz von künstlichem Licht geben. Sie ist für Vorhaben zur Errichtung und Änderung von Beleuchtungsmaßnahmen und für Werbeanlagen im öffentlichen, kommunalen, gewerblichen und privaten Umfeld gedacht. Die Richtlinie soll für Privatpersonen, Bauherr*innen oder Gewerbetreibende als Orientierung für einen umweltverträglichen Lichteinsatz dienen. Darüber hinaus bildet sie für die Gemeinde- und Stadtverwaltungen die Grundlage für die Umsetzung einer umweltverträglichen Gestaltung von Beleuchtungsmaßnahmen. Als Beispiel sollte hier die Stadt Fulda dienen.

3.6. Wald

Der Odenwaldkreis zählt zu den walddreichsten Kommunen Hessens. Für uns kommt deshalb dem Naturschutz im Wald – nicht zuletzt auch im Interesse der vielen Bürger*innen, die dort Erholung und Entspannung suchen- eine besondere Bedeutung zu.

Der Wald erfüllt vielfältige Funktionen: Er ist Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Erholungsraum für Menschen, er schützt das Klima und liefert den wichtigen Rohstoff Holz. Wir wollen die derzeit auch im Odenwaldkreis vielerorts vorherrschenden gleichaltrigen Wirtschaftswälder mit wenigen Strukturen zu klimastabilen, artenreichen, naturnahen Dauerwäldern umbauen.

Dazu wollen wir die älteren Wälder erhalten und alte Buchenwälder ganz besonders schützen. Die Bewirtschaftung und Holzernte muss ökologisch verträglich gestaltet werden. Als Mindeststandard für eine nachhaltige Forstwirtschaft empfehlen wir allen Gemeinden des Odenwalds die FSC-Zertifizierung. Wir möchten im Odenwaldkreis den Anteil nicht-wirtschaftlich genutzter Wälder auf mindestens fünf Prozent erhöhen. Außerdem wollen wir den Kommunen Anreize bieten, ihre Bürger*innen in die Entwicklung ihres Kommunalwalds einzubinden.

3.7. Umgang mit Wildtieren gestalten

Wir akzeptieren, wenn Luchs, Wolf, Wildkatze, Biber und andere seltene und geschützte Arten in den Odenwald zurückkehren. Dort wo eine Rückkehr dieser Arten zu Konflikten führt, muss geholfen werden. Wir unterstützen die Weidetierhaltung und setzen uns für eine angemessene Kompensation für Risse ein. Gleichzeitig sehen wir die Halter*innen in der Pflicht, bestehende Angebote anzunehmen und beispielsweise einen entsprechenden Herdenschutz mit angemessener Bezäunung zu gewährleisten.

3.8. Natur und Umweltbildung stärken

Wir wollen im Odenwaldkreis ein Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ins Leben rufen, um Menschen aller Altersgruppen Wissen über Natur und Umwelt zu vermitteln und die Wildnis erlebbar zu machen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, in den Schulen ein Wahlfach Umwelt- und Naturschutz einzuführen sowie flächendeckend einen Schulgarten an jeder Schule einzurichten.

Lokale Akteur*innen der Umweltbildung wie der Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald und die Umweltverbände sollen hierbei eingebunden werden.

4. Unsere Region gestalten

In Zeiten des Klimawandels muss Regionalpolitik deutlich mehr als nur lokale Lösungen bieten, denn eine Vielzahl der sich verschärfenden Probleme lässt sich nur in größeren Zusammenhängen koordiniert lösen. Dazu gehört ein klimaresilienter Planungsansatz ebenso wie die Förderung interkommunaler Zusammenarbeit, um knappe Ressourcen effizient

einzusetzen. Ob wir uns in unserer Heimat wohlfühlen und welche Lebensqualität wir haben, wird in starkem Maß letztlich von den Entscheidungen der Regionalplanung mitbestimmt, deshalb betrifft sie die Menschen unmittelbar.

Die Sicherung von Freiräumen als Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist vor der Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen die wichtigste Aufgabe der Regionalpolitik. In Zeiten akuten Wohnungsmangels ist dies eine besondere Herausforderung, steht sie doch oft in Konkurrenz zu klimapolitischen Notwendigkeiten. Ergänzt wird dies noch durch die Aufgabe, die Mobilität der Menschen ebenso wie die Versorgung mit regional produzierten Nahrungsmitteln umweltverträglich zu gewährleisten. In Zeiten des Klimawandels ist obendrein eine nachhaltige Energieversorgung aus regenerativen Quellen das Gebot der Stunde.

Wir stellen deshalb eine aktive Regionalpolitik zur Wahl, die folgende Ziele verfolgt:

- Begrenzung und langfristige Beendigung des Flächenverbrauchs und Vorrang der Erschließung von Konversionsflächen und innerörtlichen Brachen sowie eine angemessene Verdichtung im Wohnflächenbestand;
- Neue Siedlungsflächen nur im Einzugsbereich leistungsfähiger Angebote des ÖPNV;
- Keine neuen separaten Wohnsiedlungen und Gewerbeflächen in den Freiflächen;
- (Um-)Gestaltung neuer und bestehender Wohnsiedlungen zur Verbesserung der Klima-Resilienz;
- Gewährleistung wohnungsnaher Versorgung durch ein regionales Einzelhandelskonzept;
- Aktive Freiraumsicherung mit Aufwertung der ökologischen Qualität und auch zu Erholungszwecken;
- Vernetzung der Freiflächen mittels regionaler Grünzüge;
- Dauerhafte Freihaltung von Auen und Kaltluftschneisen;
- Schutz von landwirtschaftlichen Flächen mit hoher Bodenqualität vor Bebauung
- Schutz der natürlichen Ressourcen (Grundwasser) sowie Minimierung der Rohstoffausbeutung;
- Stärkung einer menschen- und umweltgerechten Mobilität durch Integration unterschiedlicher Verkehrsmittel;
- Wirksame planerische Minderung des Straßen-, Bahn- und Fluglärms;
- Minimierung der LKW-Verkehrswege bei Gewerbeansiedlungen;
- Freihaltung von geeigneten Flächen für die Windenergie und Steuerung der Nutzung von Solarenergie, Geothermie, Biomasse und Wasserkraft.

Wir wollen unsere Region Südhessen also gemeinsam, von Großstädten bis Dörfer, den Ballungsraum Rhein-Main und den Odenwald, ebenso wie den Rheingau und die Wetterau zu einer nachhaltig orientierten europäischen Region entwickeln und deren Stärken, ihre Weltoffenheit sowie die Vielfalt ihrer Menschen und ihrer Natur nachhaltig sichern, damit unsere Region lebens- und liebenswert bleibt.

5. Regionales und nachhaltiges Wirtschaften

5.1. Unternehmen und Beschäftigung

Der Odenwaldkreis bietet eine Vielzahl von Wirtschaftszweigen und Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese möchten wir erhalten und weiterentwickeln, insbesondere mit Fokus auf nachhaltigen Wirtschaftsformen, regionalen Wertschöpfungsketten und guten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Jeder Betrieb soll eine Arbeitnehmer*innenvertretung haben. Um dies zu unterstützen, wird bei der öffentlichen Beschaffung und bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ein besonderes Augenmerk auf Betriebe gelegt, die diesen Anforderungen entsprechen.

5.2. Ökomodellregion und ökologische Landwirtschaft

Eine zukunftsfähige Landwirtschaft arbeitet mit der Natur. Sie verbindet altes Wissen und Erfahrung mit neuen Technologien. Sie arbeitet naturverträglich, ressourcenschonend und tiergerecht. Wir setzen dabei auf regionale Produkte, auf handwerklich hergestellte Lebensmittel und auf Selbstversorgung an Stelle von Überproduktion und Exportorientierung, industriellen Arbeitsweisen, Abhängigkeit von Pestiziden, Gentechnik und Lebensmittelverschwendung. Den Wandel möchten wir gemeinsam mit den Landwirt*innen gestalten.

Aktuell beträgt der Anteil der ökologischen Landwirtschaft im Odenwaldkreis etwa 10%. Wir wollen, dass der Odenwald so schnell wie möglich das hessische Ziel von 25% ökologischer Landwirtschaft erreicht.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass unser Landkreis gentechnikfrei bleibt. Dabei schließen wir die sogenannten „neuen gentechnischen Methoden“ ausdrücklich mit ein. Wir wollen, dass keine glyphosat-haltigen Mittel oder gentechnisch veränderten Organismen auf kreiseigenen Flächen eingesetzt werden.

Die Ökomodellregion ist ein wichtiger Schritt, um die ökologische Landwirtschaft im Odenwaldkreis voranzutreiben. Wir wollen die Mittel des Landes aufstocken, um im Landratsamt eine zusätzliche Stelle für eine konkrete, fachliche Umstellungsberatung zur ökologischen Landwirtschaft zu schaffen. Auch die Städte und Gemeinden des Odenwaldkreises sollen über den Kreis beraten und gestärkt werden.

Die kleinbäuerlichen Betriebe tragen im Odenwald zur Erhaltung des Landschaftsbildes bei. Zur ihrer Unterstützung wollen wir ein regionales Förderprogramm zur (ökologisch sinnvollen) Randstreifenpflege und zur Anlage von Blühstreifen als vernetzende Biotope, ein Förderprogramm zur Erhaltung und Nachpflanzung von Streuobstwiesen, die Wiederanpflanzung von Hecken zwischen Feldern als Verstecke für Tiere o schaffen.

Wir unterstützen die regionale Vermarktung von Lebensmitteln und anderen Produkten. Dazu gehört auch eine handwerkliche Verarbeitung. Wir wollen dezentrale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen erhalten und fördern. Die bestehenden Schlachtstätten sollen erhalten bleiben. Die Auflagen und Zulassungsregularien müssen so ausgerichtet werden, dass heimische Handwerksbetriebe gefördert werden. Innovative Systeme wie die teilmobile Schlachtung sollen

weiter unterstützt, ausgebaut und bei Landwirt*innen und Metzger*innen beworben werden. Auflagen müssen dementsprechend angepasst und Investitionen getätigt werden.

5.3. Regionale und direkte Vermarktung

Entlang der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette von Lebensmitteln wird eine neue und enge Zusammenarbeit aufgebaut. Frische Produkte aus der Region und kurze Transportwege sind das Ziel einer neu zu gründenden Gemeinschaft/Genossenschaft der Erzeuger*innen aus Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk und Lebensmittelhandel. Neben Herkunft und Qualität der Produkte wird insbesondere auf Gemeinwohl, Klimaschutz und Nachhaltigkeit sowie Tierwohl geachtet. Wir unterstützen die Initiative Solawi, die Teil dieser neuen regionalen Vermarktungsidee sein wird.

Um den Odenwälder Landwirten*innen bessere Absatzmöglichkeiten zu eröffnen, setzen wir uns im Odenwaldkreis dafür ein, dass das Gesundheitszentrum, Kindergärten, Schulen, Pflegeheime und Mensen in Betrieben regionale und biologische Lebensmittel aus dem Odenwald verarbeiten. Wir setzen uns für eine hochwertige Gemeinschaftsverpflegung ein. In unseren Kitas und Schulen soll es regelmäßig ein vegetarisches/veganes Angebot geben und ein „zuckerfreies“ Frühstück.

5.4. Kreislaufwirtschaft und Abfall

Wir wollen Wertschöpfungsketten möglichst regional gestalten, um den Transport von Abfall in und aus dem Odenwaldkreis möglichst gering zu halten. Die Phosphorrückgewinnung ist hierfür ein wichtiger Schritt. Wir setzen uns dafür ein, dass wir im Rahmen von Wertstoffhöfen möglichst wenig Abfall produzieren, der kostenaufwendig entsorgt werden muss. Perspektivisch wollen wir, dass der Odenwaldkreis ein "Zero Waste Kreis" wird.

Wir legen einen Odenwälder Nachhaltigkeitspreis auf, mit dem jährlich Unternehmen gewürdigt werden, die sich besonders für nachhaltige, regionale und kreislaufbewusste Produkte einsetzen. Für die Auswahl der Preisträger*innen wird ein Gremium von unabhängigen Expert*innen beauftragt.

5.5. Öffentliche Beschaffung

Auf GRÜNE Initiative hat der Odenwaldkreis beschlossen, Fairtrade Kreis zu werden. Wir möchten dies schnellstmöglich umsetzen und eine Initiative starten, um auch weitere Unternehmenszweige für Fairtrade zu gewinnen, beispielsweise die Edelmetallverarbeitung. Hierfür informieren wir die Odenwälder Unternehmen und treten mit den Städten und Gemeinden in Kontakt, um diese ebenfalls für den Ansatz zu begeistern.

6. Kultur und Tourismus

6.1. Kulturschaffende vor Ort stärken

Für uns ist die Kultur ein wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen und friedlichen Lebens. Kultur soll im Odenwaldkreis als wichtiger Standortfaktor ernst genommen werden. Gerade ländliche Räume bieten viele Möglichkeiten für Inspiration und Kreativität von Kunst- und Kulturschaffenden. Im Odenwaldkreis gibt es heute schon zahlreiche Angebote von Künstler*innen, Theatergruppen und Vereinen im kulturellen Bereich. Wir wollen Kulturschaffende im Odenwaldkreis besser unterstützen. Die Unterstützung für Kunst und Kultur muss dabei vor allem langfristig, planbar und unbürokratisch erfolgen. Wir begrüßen, dass die Kreisverwaltung an der Stärkung der vielfältigen und hochwertigen Kunst- und Kulturlandschaft des Odenwaldes arbeitet und in Kooperation mit der Universität Hildesheim ein Kulturentwicklungskonzept erstellt. Kunst- und Kulturschaffende brauchen ein Konzept und eine/n Ansprechpartner*in in der Kreisverwaltung hinaus konkrete Hilfe bei Beantragung von Fördermitteln vom Land Hessen und Mitteln aus Bundesförderprogrammen, gerade in schwierigen Zeiten wie die Corona-Pandemie. Hierfür fordern wir, dass die Stelle der Kulturmanagerin um Aufgaben der konkreten Unterstützungsleistung zum Auffinden und der Antragstellung geeigneter Förderprogramme erweitert wird.

6.2. Nachhaltiger Tourismus

Wir sind überzeugt: Landwirtschaft, Naturschutz, Kultur und Tourismus müssen im Odenwald zusammen gedacht werden! Wir GRÜNEN wollen den Odenwald zu einer echten Größe für nachhaltigen Tourismus in Hessen machen und damit Tourismus wieder zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor für die Region werden lassen. Wir brauchen eine Tourismusstrategie für den Odenwaldkreis, die an die vorhandenen Stärken der Region anknüpft und diese weiterentwickelt.

Der Odenwald lockt Tourist*innen derzeit vor allem durch seine idyllischen und naturnahen Landschaften an, die sich zu Fuß und auf dem Rad bereits auf zahlreichen Wegen des Geo-Naturparks erleben lassen. Wir setzen auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem GEONATURPARK Bergstraße-Odenwald, um insbesondere dem Themenbereich Natur den Stellenwert einzuräumen, den er in einer Strategie für nachhaltigen Tourismus verdient. Auch regionale kulinarische Besonderheiten, die speziell von unseren Odenwaldgasthäusern angeboten werden, machen den Odenwald zu einem beliebten Ausflugsziel.

Mit einer Strategie für nachhaltigen Tourismus wird der Odenwaldkreis dabei unterstützt, derartige Angebote weiter auszubauen und gleichzeitig bekannter zu machen. Zielführend ist eine Zusammenarbeit der Bevölkerung mit den lokalen Tourismus-Anbietern, um die Planung und Umsetzung bestmöglich an den vorhandenen Bedingungen auszurichten. Dabei wollen wir uns außerdem an der Landtourismusstrategie des hessischen Umweltministeriums orientieren.

6.3. OdenwaldCard

Als wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Tourismusstrategie wird in Zusammenarbeit mit dem RMV, dem VRN und den anderen angrenzenden Verkehrsverbänden eine neue OdenwaldCard für Bus, Bahn, Museen; Weihnachtsmärkte und Volksfeste eingerichtet; diese wird auch in Verbindung mit Aufenthalts in Hotels nutzbar sein.

So eine Card ist vielen Tourismusgebieten schon lange Realität (z. B. die Schwarzwaldcard). (siehe auch MOBILITÄT)

6.4. Denkmalschutz als Wirtschafts- und Tourismusfaktor

Der Odenwaldkreis muss personell und ideell dem Denkmalschutz mehr Aufmerksamkeit schenken. Denkmalschutz kann das heimische Handwerk stärken und ist obendrein ein gutes Mittel, um die kulturelle und regionale Identität des Odenwaldkreises zu bewahren und zu stärken.

Für den Tourismus ist der Erhalt unserer Kulturbauten geradezu unerlässlich.

Gleichzeitig setzen wir uns für eine Flexibilisierung der bestehenden Regeln ein, damit beispielsweise energetische Sanierungen und der Einsatz von erneuerbaren Energien wie Solarzellen auch auf denkmalgeschützten Gebäuden und insbesondere im Ensemble möglich wird.

7. Transparenz, Digitalisierung und Bürger*innenbeteiligung

Demokratie lebt von (Bürger*innen-)Beteiligung. Wir GRÜNE sind der Meinung, dass Bürgerinnen und Bürger auch jenseits von Wahlen mehr in die Entscheidungen auf allen Ebenen einbezogen werden müssen. Gerade durch digitale Kommunikationswege sind Menschen heute nicht nur informierter, sondern die Digitalisierung eröffnet auch neue Möglichkeiten teilzuhaben und die eigene Meinung einzubringen. Im Odenwaldkreis wollen wir verschiedene Formen von Bürger*innenbeteiligung nutzen und erproben. Wir sind der Überzeugung, dass Beteiligung vor Ort, mitmachen und informiert sein, z.B. über den Bürgerhaushalts, Regionalbudgets oder anderer Partizipationsformen, wirksame Mittel gegen Populismus, Hass und Hetze sein können. Repräsentative und direkte Bürgerbeteiligung sollen sich dabei ergänzen und gegenseitig stärken.

Mitbestimmung und Demokratie sind zentral für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Für einen lebens- und lebenswerten Odenwald braucht es Bürger*innen, die sich vor Ort engagieren. Ein wichtiger Baustein dafür ist der Einsatz im Ehrenamt. Ob im Sportverein, in der Nachbarschaftshilfe oder Feuerwehr, Engagierte vor Ort brauchen Unterstützung, das heißt auch ausreichend Geld und Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Anliegen. Wir wollen besonders Initiativen, Projekte und Vereine finanziell unterstützen, die sich vor Ort für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen und gegen Rechtspopulismus und Rassismus antreten.

7.1. Transparenz schafft Beteiligung

Ein wesentlicher Beitrag zur Beteiligung der Bürger*innen im Odenwaldkreis ist eine transparente Kreisverwaltung und transparentes Verwaltungshandeln. Wir wollen die Arbeit der Kreisverwaltung so bürgernah, transparent und unbürokratisch wie möglich gestalten.

Dabei wollen wir auch die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen.

Wir wollen, dass der Odenwaldkreis eine behördliche Open-Data bzw. Transparenz-Plattform schafft, also eine Datenbank oder Website, auf der Daten und Dokumente der Kreisverwaltung der Allgemeinheit und zur freien Verarbeitung und zum Nutzen aller zur Verfügung stehen.

Wir fordern, dass die Webseite des Odenwaldkreises eine enge und direkte Kommunikation zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Bürger*innen herstellt. Auf der Webseite soll es z.B. möglich sein, Rückmeldungen zu Veranstaltungen, Bauprojekten oder Mängeln im Kreis zeitnah mitzuteilen und darauf eine angemessene und zeitnahe Antwort zu erhalten.

7.2. Gestaltung einer gemeinsamen digitalen Strategie

Wir wollen gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Analysen in den Verwaltungen durchführen, inwieweit die digitale Arbeitswelt im Zusammenhang mit der Corona-Krise gewachsen ist und wo es Probleme und Defizite gibt. Auf der Basis dieser Analyse sollen die digitalen Strategien der Städte und Gemeinden überarbeitet und die Infrastrukturen sowie die Ausstattung in Hardware und Software entsprechend angepasst werden.

7.3. Behördliche Strukturen und Arbeitsweisen modernisieren

Die Modernisierung öffentlicher Einrichtungen, die Weiterbildung des Personals und der Einsatz moderner Technologien sind das Fundament für eine intelligente, effiziente und ressourcenschonende Verwaltung von morgen. Wir GRÜNEN wollen:

- die Möglichkeiten digitaler Behördengänge ausbauen: Für die Bürger*innen müssen alle Formulare online und benutzer*innenfreundlich zur Verfügung gestellt werden und - soweit nicht rechtlich ausgeschlossen - auch online abgegeben werden können. Da insbesondere im ländlichen Raum die Wege weit und die Öffnungszeiten der Verwaltungen begrenzt sind, müssen Online-Sprechstunden eingerichtet werden sowie die Möglichkeit einer sicheren Videotelefonie, für die individuelle Termine vergeben werden;
- in die Nutzer*innenfreundlichkeit von Internetseiten und Apps der öffentlichen Institutionen im Odenwaldkreis investieren;
- die vertiefte Weiterbildung von Angestellten auf dem Felde der digitalen Arbeitsmethoden sowie die Umsetzung eines Ticket-Systems für Kontakte mit Behörden ermöglichen, um für Bürger*innen und Manager*innen mehr Transparenz in laufenden Verwaltungsvorgängen zu schaffen.

7.4. Eigene Ressourcen nutzen

Die Mitarbeiter*innen des Landratsamtes haben diverse Kompetenzen und sind Experten auf ihren Fachgebieten. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit des Kreises oder Umfragen im eigenen Haus erstellt und in der Regel nicht an externe Beratungsunternehmen vergeben werden.

7.5. Daten schützen

Wir setzen uns dafür ein, dass die Odenwälder Kommunen sich dafür stark machen, das Meldegesetz dahingehend zu verändern oder auszulegen, dass eine Auskunftssperre die Regel ist. Auskünfte an Privatpersonen/Unternehmen dürfen nur erteilt werden, wenn die betroffene Person diesen ausdrücklich zugestimmt hat.

8. Bildung und Arbeit

8.1. Schulen

Für uns liegt die klare Priorität auf einem Mehr an Bildungs- und Chancengerechtigkeit und an individueller Förderung - unabhängig vom sozialen Hintergrund. Der Odenwaldkreis ist für den Bau und die Instandhaltung der Schulgebäude zuständig. Diese müssen in einem guten Zustand sein, damit Schüler*innen und Lehrende eine Lernumgebung erhalten, die qualitativ hochwertige Bildung ermöglicht. Deshalb setzen wir uns für eine konsequente und zeitnahe Sanierung unserer Schulen ein. Soweit es für die Kinder aus pädagogischer Sicht sinnvoll ist, werden wir uns für den Erhalt der kleinen Schulstandorte einsetzen.

Wir fordern darüber hinaus den Erhalt des breiten Angebotes an den beruflichen Schulen, sowie keine Anwendung der Mindestklassengrößen, damit Ausbildungsplätze im Odenwaldkreis erhalten bleiben.

Um dem Lehrer*innenmangel (insbesondere im Förderschulbereich) entgegenzuwirken, wollen wir Anreize schaffen, um Lehrpersonal in den Odenwald zu holen. Der Schulbusverkehr muss kontinuierlich verbessert werden, um auch in Pandemiesituationen betrieben werden zu können.

8.2. Digitalisierung der Schulen

Die Digitalisierung bleibt im Odenwald bisher weit hinter den Anforderungen moderner Bildungsinstitutionen des 21. Jahrhunderts zurück. Wir wollen eine Digitalisierung, die über das Bereitstellen von Endgeräten hinausgeht und von Expert*innen unterstützt wird. Dazu gehört die Schulung und Fortbildung von Lehrkräften, um Digitalkompetenz in den unterschiedlichen Jahrgangsstufen vermitteln zu können.

8.3. Hochschulstandort

Ein Alleinstellungsmerkmal in unserer Schullandschaft ist die Fachschule für Holz & Elfenbein an den Beruflichen Schulen. Dieser Fachbereich könnte und sollte den Status einer Fachhochschule erhalten. Das würde nicht nur eine Aufwertung für die BSO bedeuten, sondern für den gesamten Odenwaldkreis. Ein erster Studiengang (Wirtschaftswissenschaften) wird in Kooperation mit der Hochschule Darmstadt zur Zeit schon angeboten. Dies darf erst der Anfang sein, denn weitere Studiengänge in den Bereichen Materialverarbeitung und Design würde junge kreative Menschen und studentisches Flair in den Odenwald bringen. Dies wollen wir tatkräftig unterstützen.

8.4. Bildung für Nachhaltigkeit

Die Bildung für Nachhaltigkeit ist ein wichtiger Baustein für eine tragfähige Zukunft. Wir wollen uns mit den angrenzenden Regionen und Netzwerken (z.B. Darmstadt-Dieburg) besser vernetzen, um in diesem Bereich zusammenzuarbeiten. Wir möchten, dass der Klimawandel ein fester und wiederkehrender Bestandteil der Lehrpläne ist und fächerübergreifend unterrichtet wird.

Auch im ländlichen Raum ist es nicht mehr selbstverständlich, dass Kühe und Hühner im Freien auf der Weide leben. Schweine werden überwiegend in abgeriegelten Ställen gehalten. Deshalb ist es wichtig, dass jedes Kind im Rahmen seiner Kindergartenzeit einmal mit seiner Gruppe einen Bauernhof besucht, um kennen zu lernen, wo unsere Lebensmittel herkommen. Wir wollen einen für unsere öffentlichen Kindertageseinrichtungen entsprechenden „Bauernhofaktionstag“ ins Leben rufen.

8.5. Erwachsenenbildung

Die Erwachsenenbildung hat für uns eine hohe Priorität, denn nur mit einer kontinuierlichen Weiterbildung können wir in der Zukunft bestehen. Wir setzen uns zur Beibehaltung und konsequenten Erweiterung der Angebote der Volkshochschule ein; das digitale Angebot soll ausgeweitet werden, um auch in Zeiten der Corona-Pandemie und darüber hinaus attraktiv zu sein. Die Lehrkräfte an der VHS müssen besser bezahlt werden. Zu diesem Zweck und für eine bessere Ausstattung wollen wir zusätzliche Mittel bereitstellen.

Wir wollen erwachsenen Menschen die Möglichkeit zu geben, im Odenwald den Realschulabschluss nachholen zu können; bisher ist dafür ein Pendeln nach Darmstadt notwendig.

Wir stimmen uns mit den Unternehmen, Verbänden, Vereinen und anderen gesellschaftlichen Gruppen im Odenwaldkreis ab, um deren Bedarfe zur Weiterbildung im Programm der Volkshochschule zu adressieren.

8.6. Kinderbetreuung ausbauen

Ein entscheidender Schlüssel für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die Kinderbetreuung. Neben der generellen Verfügbarkeit von Kita-Plätzen, spielt auch die Betreuungszeit eine große Rolle.

Leider bleibt der Odenwaldkreis, wie viele ländliche Regionen, weit hinter dem Angebot der Städte zurück. Mit Betreuungszeiten von 7 bis 16 Uhr ist es schwer für beide Elternteile, Vollzeit zu arbeiten; für Alleinerziehende ist dies quasi unmöglich. Wenn dann noch zusätzlich betreuungsfreie Tage zwecks Weiterbildung der Erzieher/in oder für Konferenzen etc. hinzukommen, dient der Urlaub der Eltern nicht mehr der Erholung, sondern nur noch der Überbrückung der Kinderbetreuung.

Für beide Punkte gilt es im Kreis ein Konzept zu erarbeiten, dass die Gemeinden dabei unterstützt, längere und kontinuierlichere Betreuungszeiten zu ermöglichen. Wir wollen mehr Kitaplätze und mehr U-3 Plätze schaffen und dazu mit den Schulen zusammenarbeiten.

8.7. Mobiles Arbeiten und Fachkräftegewinnung

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass mobiles Arbeiten in vielen Bereichen möglich ist. Mobiles Arbeiten ist eine Chance für viele Odenwälder*innen, vielfältige berufliche Tätigkeiten mit dem Familienleben auf dem Land zu vereinbaren. Pendeln verstopft die Straßen und Züge und schadet der Umwelt und dem Klima. Wir wollen daher den Breitbandausbau weiter vorantreiben, um das mobile Arbeiten möglichst vielen Bürger*innen zu ermöglichen. Für jene, die im Odenwald einen Arbeitsplatz für mobiles Arbeiten benötigen, unterstützen wir die Einrichtung von Co-Working Spaces.

8.8. Breitbandausbau

Wir wollen den Ausbau des schnellen Glasfaserinternets im Odenwaldkreis weiter voranbringen. Die letzte Modernisierung des Netzes liegt nun etwa zehn Jahre zurück und die angebotenen Geschwindigkeiten entsprechen nicht mehr den Anforderungen unserer Zeit.

Dafür wollen wir das Glasfaserinternet bis in jedes Haus bringen (die sog. Letzte Meile). Gleichzeitig wollen wir das bestehende Netz auch für andere Anbieter öffnen, um bei gleichen Geschwindigkeiten einen Wettbewerb zu ermöglichen.

9. Gesundheit und Pflege

9.1. Kreiskrankenhaus und Gesundheitsversorgungszentren

Für uns GRÜNE gehören Gesundheit und Pflege zu den Schlüsselthemen des ländlichen Raums. Es ist uns ein zentrales Anliegen, den Zugang zur Gesundheit und Pflege für alle Menschen im Odenwaldkreis zu ermöglichen. Daher ist es entscheidend, gerade angesichts des demografischen Wandels, den Bedarf an Ärzt*innen und Pflegekräften zu sichern. Auch im

Odenwaldkreis sind teilweise unterversorgte Gebiete bereits traurige Realität. Dem müssen wir entgegenwirken. Dazu setzen wir auf vorhandene Strukturen genauso wie auf innovative Lösungsansätze.

Das Kreiskrankenhaus ist von zentraler Bedeutung für die Gesundheitsvorsorge und -wiederherstellung im Odenwaldkreis. Wir setzen uns für seine Erhaltung, seine Erweiterung und die vollständige Rückführung in die öffentliche Hand ein. Wir möchten, dass auch Fachärzt*innenbesuche weiterhin in unserer Region möglich bleiben und dass dieses Angebot erweitert wird, um lange und anstrengende Fahrten nach Darmstadt, Frankfurt oder Heidelberg zu vermeiden. Wir sind bereit, öffentliche Gelder zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen und planen zusätzlich die Möglichkeiten der Telemedizin auszubauen.

Um eine bessere Versorgung mit Haus- und Fachärzten in der Fläche sicherzustellen, wollen wir den Kommunen mehr Steuerungsmöglichkeiten einräumen und sie bei innovativen Vorhaben zur Erbringung von Gesundheits- und Pflegedienstleistungen unterstützen. Wir befürworten das Konzept der Gesundheitsversorgungskooperation Odenwald e.V., mit dem durch Vernetzung der ärztlichen und nicht-ärztlichen Versorgung, der Pflege, Prävention und Rehabilitation sowie der sozialkompensatorischen Leistungen eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte Gesundheits- und Pflegeversorgung organisiert werden soll.

Der Odenwaldkreis stockt die Bezahlung von Pflegekräften auf, sodass Beschäftigte angemessen und wertschätzend vergütet werden können.

9.2. Mehrgenerationenprojekte

Um pflegebedürftigen Menschen eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen, wollen wir verschiedene Pflegeeinrichtungen fördern, von Tagesstätten, über teilstationäre Angebote bis hin zu Wohngemeinschaften und alternativen Wohnformen. Wir sehen insbesondere in Mehrgenerationen-Projekten ein großes Potential, um Menschen im Odenwaldkreis bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen.

Der Odenwaldkreis arbeitet mit den Städten und Gemeinden zusammen, um Mehrgenerationenwohnprojekte auf den Weg zu bringen. Als naturnahe Region haben wir ideale Möglichkeiten, auch für Menschen aus den städtischen Räumen ein attraktives Angebot zu erstellen. Dies muss jedoch über klassische Altersheime hinausgehen und verschiedene Wohnformen bündeln sowie das Zusammenleben verschiedener Generationen ermöglichen.

9.3. Häusliche Pflege

Auf GRÜNE Initiative hin hat der Odenwaldkreis endlich einen Pflegestützpunkt eingerichtet. Wir begrüßen diesen Schritt und möchten die häusliche Pflege - soweit es irgend möglich ist - so lange wie möglich gewährleisten. Die betroffenen Personen brauchen kompetente Beratungsangebote und unbürokratische Informationen, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Auch pflegende Angehörige und andere Personen müssen aktiv unterstützt werden. Hierfür stellen wir eine Beratungsperson zur Verfügung und richten eine Selbsthilfegruppe ein.

10. Sozialer Odenwald

Wir stehen für eine soziale und inklusive Gesellschaft, die niemanden ausschließt, die Barrieren und Diskriminierungen jeglicher Art abbaut, die Teilhabe garantiert und die Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen optimal fördert. Alle Menschen sollen gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben können. Inklusion bedeutet die Wertschätzung sozialer Vielfalt und betrachtet die Unterschiedlichkeit der Menschen als Normalität und Gewinn für unsere Gesellschaft. Inklusion betrifft nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern auch alle anderen benachteiligten oder diskriminierten Gruppen. In einer inklusiven Gesellschaft haben Alter, Migrationshintergrund, Beeinträchtigungen jeglicher Art, soziale Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexuelle Orientierung keinen Einfluss auf die Chancen gesellschaftlicher Teilhabe. Auf kommunaler Ebene setzen wir GRÜNE uns deshalb für einen offenen und sozialen Odenwald ein.

10.1. Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Wir kämpfen für einen diskriminierungs- und barrierefreien Odenwaldkreis. Wir wollen bestehende Barrieren, die die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung erschweren, abbauen und Menschen mit Behinderung aktiv dabei unterstützen sich einzubringen. Der Abbau von Diskriminierung ist uns dabei ebenso wichtig wie ein barrierefreies Restaurant oder ein barrierefreier ÖPNV. Damit uns dies umfassend gelingt, brauchen wir ein Inklusionskonzept für den Odenwaldkreis. Wir alle verbringen viel Zeit in öffentlichen Räumen und Institutionen: zunächst in Kitas und Kindergärten, später in Schulen, im Stadtviertel, im öffentlichen Nahverkehr, im Schwimmbad oder auf Sportplätzen. Wir sind der Überzeugung, dass diese öffentlichen Infrastrukturen im Sinne der Inklusion für jede und jeden erreichbar, verfügbar und gut ausgestattet sein müssen.

Doch Inklusion bedeutet mehr als nur die barrierefreie bauliche Ausgestaltung des öffentlichen Raums und der öffentlichen Institutionen. Wir wollen barrierefreies Wohnen fördern und sicherstellen, dass Angebote im Bereich Kultur, Sport und Freizeit für alle Menschen im Odenwaldkreis zugänglich sind. Odenwälder Betriebe/Unternehmen wollen wir ermutigen und dabei beraten Arbeitsplätze so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen gerecht werden. Der Odenwaldkreis und seine Tochtergesellschaften sollen dazu bei der Beschäftigung und Qualifizierung von Menschen mit Behinderung eine öffentlichkeitswirksame Vorbildfunktion einnehmen.

10.2. Senior*innen

Senior*innen wollen wir eine Infrastruktur bieten, die ihren Bedürfnissen gerecht wird. Wir GRÜNE wollen Senior*innen darin unterstützen, auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu gehören neben Barrierefreiheit in allen öffentlichen Bereichen, z.B. ein bedarfsgerechtes Angebot an Hilfsdiensten, senior*innengerechten Wohnformen oder Wohnprojekte und generationsübergreifendes Wohnen. Wenn selbstständiges Wohnen nicht mehr möglich ist, muss es ein ausreichendes Angebot an Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten

vor Ort geben (siehe Kapitel GESUNDHEIT UND PFLEGE). Wir begrüßen und unterstützen die Bildung von Senior*innenbeiräten als Richtschnur für senior*innengerechte Politik im Odenwaldkreis.

10.3. Flucht und Migration

Wir halten die Migration von und nach Deutschland für wichtig und ein belebendes Element in unserer Gesellschaft. Der kulturelle Austausch, die Begegnung mit anderen Sprachen und Kulturen macht uns alle reicher.

10.3.1. Refugees welcome!

Integration geflüchteter Menschen: Auch wenn in der Flüchtlingspolitik das meiste auf europäischer und Bundesebene entschieden wird, können wir vor Ort im Odenwaldkreis zu einer humanen Flüchtlingspolitik beitragen. Dies gilt insbesondere dann, wenn es um die ordentliche Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Integration Geflüchteter geht. Außerdem kann unsere Bereitschaft als Landkreis, zusätzlich zu den bestehenden Verpflichtungen auch weitere Geflüchtete aufzunehmen und noch mehr Kapazitäten bereitzustellen, ein wichtiges Signal nach außen sein. Deshalb sind wir entschlossen, den Odenwaldkreis zu einem "sicheren Hafen" zu machen. Sichere Häfen übernehmen Verantwortung, wo die Bundespolitik versagt: Sichere Häfen fordern im Namen ihrer Bürger*innen die Entkriminalisierung der Seenotrettung und neue staatliche Rettungsmissionen. Sie heißen Geflüchtete in ihrer Mitte willkommen und sind bereit, mehr Menschen aufzunehmen, als sie müssen.

Auf Grund ihrer Zuwanderungsgeschichte, Sprachbarrieren und in manchen Fällen fehlender formaler beruflicher Qualifikationen stellen Geflüchtete hinsichtlich sozialer Integration eine besondere Herausforderung des Kreises da. Wir wollen:

- dass Flüchtlinge so weit wie möglich in eigenen Wohnungen untergebracht werden, um ihnen ein selbstständiges Leben zu ermöglichen. Geflüchtete, die in Wohngemeinschaften untergebracht werden, sollen ein eigenes Zimmer haben, damit eine Rückzugsmöglichkeit und ausreichend Privatsphäre gewährleistet sind;
- ehrenamtliche Tätigkeiten in diesem Bereich entschieden unterstützen;
- die Förderungen des Landes Hessen optimal und kontinuierlich nutzen und gegebenenfalls ergänzen und weiterführen. Das Land Hessen hat viele zum Teil sehr erfolgreiche Förderprogramme zur Integration Geflüchteter ins Leben gerufen. Hier ist es wichtig, dass Förderungen, die großen Zuspruch erfahren, langfristig angelegt sind. Förderprogramme, die, obgleich sie im Odenwald viel Zuspruch erfahren haben, dennoch beendet werden, weil sie landesweit nicht erfolgreich waren oder nicht ausreichend abgerufen wurden, sollen dann auf Kreisebene fortgesetzt werden. Dies kommt nicht nur den Geflüchteten zugute, es hilft auch den vielen Menschen im Odenwaldkreis, die sich ehrenamtlich für geflüchtete Menschen engagieren;
- Deutsch4U-Kurse auch im Odenwaldkreis durchgängig und auch für Menschen ohne Bleibeperspektive anbieten.

10.3.2. Für einen weltoffenen, interkulturellen und antirassistischen Odenwaldkreis

Wir verstehen Integration als Teilhabe zugewanderter und geflüchteter Menschen an allen Teilsystemen der Gesellschaft, insbesondere an den Bereichen Arbeit und Wirtschaft, Erziehung und Bildung, Soziales und Gesundheit, Recht und Politik. Auch wenn die Integration gut voranschreitet, sind die Zugänge zu diesen Teilsystemen für viele Menschen immer noch erschwert. Damit sich dies ändert, müssen die sichtbaren und unsichtbaren Barrieren weiter abgebaut und Menschen mit Migrationshintergrund gestärkt werden. Wir wollen:

- die Ausländerbehörde von einer reinen Ordnungsbehörde hin zu einer Dienstleistungsbehörde verändern, personell besser ausstatten und kundenfreundlicher gestalten;
- dass Vereine und Organisationen, in denen sich Menschen mit Migrationshintergrund organisieren, besser in die Kreispolitik einbezogen werden, z.B. durch einen Ausländer*innenbeirat als Kreisgremium;
- ein Weiterbildungsprogramm zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter*innen des Odenwaldkreises auflegen;
- das Angebot der VHS an Sprach- und Integrationskursen erweitern und für spezifische Bedürfnisse differenzieren (Kurse für Analphabet*innen, Kinderbetreuung während der Kurse, spezielle Kurse für Frauen, Sprachkurse für Fortgeschrittene)

10.4. Soziale Sicherung neu denken

Der Odenwaldkreis ist eine von sechzehn hessischen Optionskommunen, welche die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, auch Hartz IV genannt, organisieren. Die Umsetzung der Gesetzgebung im Odenwaldkreis durch das kommunale Jobcenter begleiten wir seit jeher kritisch. Die aktuelle Gesetzeslage macht Menschen zu Bittsteller*innen, die jede Arbeit und jede Maßnahme zu jedem Preis erfüllen müssen. Dies macht die Betroffenen auf Dauer krank.

10.4.1. Sanktionen abschaffen

Wir fordern, dass Grundsicherungsempfänger*innen mit Respekt und auf Augenhöhe begegnet wird. Im Odenwaldkreis soll die Teilnahme an Maßnahmen zur Aktivierung und Eingliederung in Arbeit für Menschen im ALG-II-Bezug auf Freiwilligkeit beruhen. Gleichzeitig müssen die angebotenen Maßnahmen stärker an den Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichtet werden. Sanktionen lehnen wir grundsätzlich ab. Aus unserer Sicht verletzen Sanktionen das im Grundgesetz garantierte Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.

10.4.2. Kostenfreies Hessenticket

Derzeit sind nur 40,01 Euro im monatlichen Hartz-IV-Regelsatz (alleinstehend, erwachsen) für Mobilität enthalten. Wir möchten Menschen in Hartz-IV-Bezug einen kostenlosen Zugang einem Hessenticket (siehe MOBILITÄT UND TOURISMUS) gewähren.

10.4.3. Bedingungsloses Grundeinkommen: Odenwald zuerst

Wir wollen, dass sich der Odenwaldkreis dafür einsetzt, als Pilotprojekt und mit Förderung des Bundes die Grundsicherung bedingungslos anzubieten und Pionier auf dem Weg in ein bedingungsloses Grundeinkommen wird. Bei der Ermittlung der Fördermöglichkeiten sollen auch andere Formen des Grundeinkommens wie eine solidarische Bürger*innenversicherung berücksichtigt werden.

10.5. Gutes Wohnen für alle

Im Odenwaldkreis ist Wohnraum vorhanden, aber er muss vielerorts den Anforderungen der Zukunft angepasst werden. Alte Gebäude in den Ortskernen müssen nicht nur energetisch saniert werden, sondern für die Bedürfnisse von älteren Menschen und Familien mit Kindern umgebaut werden. Daneben gibt es einen Bedarf an Neubauten, die barrierefrei sind oder flexible Grundrisse für verschiedene Lebensphasen bieten. Alt und Neu sollen sich in einem harmonischen Gesamtbild in den Ortskernen vereinen. Gutes Wohnen muss für alle Einwohner*innen - unabhängig von ihrer ökonomischen Lage - garantiert werden. Dafür wollen wir:

- sozialen Wohnungsbau vorantreiben und eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gründen;
- die Kommunen bei der Erarbeitung von Gemeindeentwicklungskonzepten unterstützen;
- die Kommunen dazu ermutigen, kommunale Baulandpolitik mit Nachbarkommunen abzustimmen;
- barrierefreies Wohnen fördern;
- Leerstandsmanagement und temporäre Konzepte (z.B. Wohnen auf Probe) fördern;
- Wohnungsnotstände verhindern: auf Kreisebene muss mit allen relevanten Akteur*innen ein Konzept zur Verhinderung von Wohnungsnotständen erarbeitet werden.

10.6. Obdachlosigkeit

Wir wollen einen kreisweiten Standard für den Umgang mit Obdachlosigkeit in den Kommunen des Odenwaldkreises einführen. Dazu gehört eine kreisweite Obdachlosenauskunft mit einer 24-Stunden Anlaufstelle. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Kommunen ihrer Unterbringungspflicht nachkommen und Menschen in Notlagen unbürokratisch Hilfe geleistet wird.

11. Junge Menschen im Odenwaldkreis

11.1. Jugendparlament

Wir setzen uns für die Wiederauflage des Jugendparlamentes ein. Die Demokratie beginnt nicht erst mit dem Wahlrecht, sondern muss schon vorher jungen Menschen zugänglich gemacht werden. Hiermit leisten wir einen konkreten Beitrag zur Vorbeuge der Radikalisierung und zur demokratischen Bildung.

Insbesondere die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf die Demokratie wollen wir stärker in den Vordergrund stellen. Dafür statten wir das Jugendparlament mit modernen Endgeräten aus und schaffen über Schulungen mit Expert*innen jungen Menschen die Möglichkeit, mehr über die Informationsbeschaffung und -bewertung in digitalen Räumen zu lernen. Wir planen, das Jugendparlament mit einem eigenen Etat auszustatten und den Jugendparlamentarier*innen Schulungen zur Kommunalpolitik anzubieten. Ebenso sollen Workshops mit Expert*innen stattfinden, welche den Jugendlichen die Möglichkeit geben, auf Augenhöhe ihre politischen Forderungen zu diskutieren.

11.2. Politische Bildung fördern

Wir wollen Jugendorganisationen zur Förderung der politischen Bildung finanziell besser unterstützen. Hierfür soll jeder Jugendorganisation der im Kreistag vertretenen Parteien pro Jahr mindestens 1000 Euro zur Verfügung stehen.

Wir begrüßen, wenn in den Städten und Gemeinden Jugendzentren entstehen oder gestärkt werden.

12. Die Hälfte der Macht den Frauen

Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen alle öffentlichen Bereiche in Gesellschaft, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft maßgeblich und gleichberechtigt mitgestalten und Männer ihrer Verantwortung im privaten Bereich gerecht werden können. Frauenrechte und Gewaltschutz sind Menschenrechte und für uns GRÜNE kommunale Pflichtaufgabe.

Wir wollen erreichen, dass der Odenwaldkreis:

- die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ unterzeichnet;
- die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen umsetzt;
- präventive Maßnahmen im Bereich Gewalt gegen Frauen, Jugendliche und Kinder ausbaut;
- das Frauenhaus und die Fachberatungsstellen gegen sexuelle Gewalt finanziell absichert;
- bei allen Entscheidungen die Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigt, um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern endlich umzusetzen;
- bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung geltenden Rechts solchen Betrieben den Vorzug gibt, die Frauenförderpläne haben und diese auch umsetzen;
- die Qualifizierung von Frauen durch Frauen, zum Beispiel bei Qualifizierungsmaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen oder bei Kursen der VHS entschlossen vorantreibt;
- jede Form von geschlechtsspezifischer Diskriminierung konsequent ahndet;
- ein Programm für Existenzgründer*innen im Odenwaldkreis auflegt (z.B. durch gezielte Verwendung der LEADER-Mittel).

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern hängt ganz wesentlich mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammen. Als GRÜNE setzen wir uns deshalb für einen Ausbau der Betreuungsmöglichkeit für Kinder im Odenwaldkreis ein (siehe SOZIALES).

Gleichberechtigung erfordert Mitbestimmung, gerade vor Ort: Im Odenwaldkreis sind die Frauen in der Politik jedoch stark unterrepräsentiert. Der Kreistag und die Ausschüsse brauchen die Ideen und die Beteiligung von Frauen. Deshalb setzen wir uns ein, Frauen verstärkt politisch einzubinden. Wir wollen eine paritätische Besetzung der Gremien des Odenwaldkreises erreichen.

Wir GRÜNE setzen uns für die Rechte von LGBT*IQ (Lesbische, Gay (Schwul), Bi, Trans*, Inter* und Queere)-Menschen ein. Wir stellen uns jeder Diskriminierung von LSBT*IQ entgegen und wollen die Sichtbarkeit von LGBT*IQ-Menschen auch im Odenwald erhöhen.

Im Moment fehlen jedoch wichtige Angebote für LGBT*IQ-Menschen und bestehende Möglichkeiten sind nicht ausreichend bekannt. Wir wollen deshalb insbesondere für queere Jugendliche kommunale Ansprechpartner*innen schaffen und Informationsmaterial bereitstellen, das über Beratungsmöglichkeiten, Ansprechpartner*innen und weitere Angebote in der Kommune und ihrer näheren Umgebung informiert. Dabei wollen wir mit den vom Land geschaffenen Netzwerkstellen zusammenarbeiten. Wir wollen bei dem vom Sozialministerium geplanten Konzept für queere Jugendliche auf dem Land aktiv mitzuarbeiten. Unsere Schulen wollen wir ermutigen, bei der sexuellen Aufklärung die Vielfalt der Gesellschaft einzubeziehen und dabei auch auf die Expertise von externen Projekten wie SCHLAU zurückzugreifen. Um queere Jugendliche weiter zu stärken, fordern wir ein monatliches betreutes Angebot mit ggf. externen Sozialarbeiter*innen oder Betreuer*innen aus queeren Vereinen oder der Aidshilfe.

13. Kommunale Finanzen

13.1. Entschuldung der Kommunen

Wir begrüßen die Bemühungen des Landes Hessen, die Kommunen langfristig und nachhaltig zu entschulden. Das schafft politische Handlungsspielräume, die besonders in schwierigen Zeiten wie der Corona-Pandemie wichtig sind.

Um die Finanzen des Odenwaldkreises weiter zu stärken, müssen die zur Verfügung stehenden Fördermittel der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Hessen konsequenter genutzt werden. Hierfür wollen wir die am Landratsamt neu eingerichtete Förderberatung dauerhaft unterstützen und darüber ein attraktives Angebot für die Kommunen bereitstellen.

13.2. Nachhaltige Finanzen

Wir setzen uns für eine nachhaltige Finanzwirtschaft ein, die die Zukunft auch heute schon im Blick hat. Dies bedeutet langfristige Investitionen in unseren Kreis, aber gleichzeitig eine Vermeidung von nicht-investiven Finanzierungsmodellen, die nur auf kurzfristige Erträge, aber nicht auf die langfristige Entwicklung unserer Region abzielen. Bei Fragen wie den Straßenbeiträgen sollen die Kommunen des Odenwaldkreises die durch das Land Hessen

gegebenen Möglichkeiten nutzen, um jeweils eigene kommunale Finanzierungsmodelle zu entwickeln, die einerseits der finanziellen Situation der jeweiligen Kommune angemessen sind, aber auch die soziale Lage von Anwohner*innen weitestgehend berücksichtigen.

Wir wollen konkret in den ÖPNV und eine nachhaltige Infrastruktur, sowie Bildung, Schulen, Jugend und Ausbildung investieren. Insbesondere das Klimaschutzkonzept des Odenwaldkreises muss mit den entsprechenden Mitteln endlich umgesetzt zu werden, um unseren Nachkommen eine Zukunft zu sichern. Die Verschwendung von Steuermitteln für den nicht rechtsgültigen Flächennutzungsplan für Windenergie der Odenwälder Kommunen und die Normenkontrollklage in Hinblick auf den Teilplan Erneuerbare Energien lehnen wir entschieden ab.